

# Medienspiegel Woche 50 / 2015

	Seite
Tagblatt, 4. Dezember 2015 <b>Geschichte nicht vernachlässigen</b>	1
NZZ, 7.12.2015 <b>Antreten zum nationalen Test</b>	2
NZZ, 8.12.2015 <b>Bildungsausgaben genauer hinterfragen</b>	3
NZZ, 7.12.2015 <b>Politik der pädagogischen Aufmerksamkeits-Verschiebung</b>	4
Südschweiz, 9.12.2015 <b>Lernen mit der Stoppuhr!</b>	7
Tagblatt, 9. Dezember 2015 <b>Viele Wechsel in Schulleitungen</b>	9
Tagblatt, 9. Dezember 2015 <b>Jetzt brennen schon die Kinder aus</b>	10
Appenzeller Volksfreund, 10.12.2015 <b>Leserbrief zum Artikel „Diese Initiative ist ein Rückschritt“</b>	12
Berner Zeitung, 10.12.2015 <b>Pichard warnt Linke vor dem Lehrplan 21</b>	14
BaZ, 10.12.2015 <b>Basler SP-Front gegen Schulreformen</b>	16
Neue Luzerner Zeitung, 11.12.2015 <b>Luzerner Regierung hält an Schulsozialarbeit fest</b>	18
Limmattaler Zeitung, 11.12.15 <b>Für mehr Deutsch und Rechnen sollen Dispense erteilt werden</b>	19
Liebe Kollegin, lieber Kollege Bildung und Ökonomie verheiratet zu wollen, heisst (gelinde gesagt) eine konfliktreiche Ehe in Kauf zu nehmen. Dieser Newsletter gibt Ihnen zwei aktuelle Beispiele dazu... von Dr. Ralph Fehlmann, Koordinator, Forum Allgemeinbildung Schweiz	21



## **Einspruch - Kritische Gedanken zum Lehrplan 21**

Die Broschüre (36 Seiten) kann für 5 Fr. bei [arkadi@bluemail.ch](mailto:arkadi@bluemail.ch) bestellt werden.

**Eine Volksschule für das Volk und mit dem Volk**

[Ein Beispiel von vielen guten Informationsblättern](#)

Tagblatt, 4. Dezember 2015

## Geschichte nicht vernachlässigen

KANTONSRAT. In den Medien wird immer wieder die Geschichte für die politische Argumentation bemüht. Dabei zeige sich oft, wie dürftig die Geschichtskennntnisse seien, stellt der Hinterforster CVP-Kantonsrat Werner Ritter in einer im Juni eingereichten Interpellation fest.

Er wollte darum von der Regierung wissen, wie an den St. Galler Schulen Geschichte vermittelt wird und welche Bedeutung dabei den historischen Sagen einerseits und dem heutigen Stand der Geschichtsforschung andererseits beigemessen wird.

In ihrer Antwort versichert die Regierung nun, dass der Geschichtsunterricht so ausgelegt ist, dass er den Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Schulzeit helfen sollte, zu einer persönlichen, reflektierten Meinung zu finden und verantwortungsvoll zu entscheiden und zu handeln.

Dabei sollen historische Sagen im Schulunterricht weder verabsolutiert noch negiert, sondern aus dem geschichtlichen Zusammenhang heraus gedeutet werden. Der Geschichtsunterricht sei auch im neuen Lehrplan so ausgelegt.

Eine aktuelle Studie habe zudem ergeben, dass die heutigen Schulabgänger stärker für politische Themen sensibilisiert seien als frühere Generationen. Sie setzten sich auch mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinander, wobei sie die Darstellung eines Themas in den Medien durchaus kritisch hinterfragten.

Es freue ihn, dass die Regierung die Bedeutung der Geschichte in der Schule anerkenne, meinte Werner Ritter am Mittwoch im Kantonsrat. Es sei wichtig, geschichtliche Argumentationen richtig einordnen zu können. Umso mehr als immer wieder solche zu lesen seien, «bei denen es mir kalt den Rücken hinunter läuft», meinte der selbst ausgesprochen geschichtsinteressierte Ritter. (mt)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/rheintal/rt-ur/Geschichte-nicht-vernachlaessen;art166,4449274>

### KR Interpellation 51.15.39

#### Wie wird Schweizer Geschichte an den st.gallischen Volksschulen vermittelt?

Eröffnung	02.06.2015
Abschluss	02.12.2015
Federführung	Bildungsdepartement
Beteiligte	<a href="#">Ritter-Sonderegger Werner, Altstätten</a>

<http://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/home/mitglieder/mitgliedersuche.geschaeftdetail.html?geschaef-tid=4C69E345-0020-4CB2-9717-548B7B3D7F7F&ziel=1>

NZZ, 7.12.2015

Bildungsziele in der Schweiz

## Antreten zum nationalen Test

**Im nächsten Frühling überprüfen die Kantone zum ersten Mal, ob die nationalen Bildungsziele erreicht worden sind. Zunächst geht es um die Mathematik, 2017 dann um die Sprache.**

von Michael Schoenenberger

Es ist ein riesiges Projekt, das die Kantone derzeit vorbereiten: Erstmals werden 2016 und 2017 in Schweizer Schulen die nationalen Bildungsziele überprüft. Rund 25 000 Schülerinnen und Schüler in allen Kantonen müssen zum Test antreten. Für die Schweiz mit ihren kantonalen Schulsystemen bedeuten die Tests in zweifacher Hinsicht ein Novum: Erstens finden die Prüfungen über die Sprachregionen hinaus statt, zweitens werden sie im Land selber entwickelt, zur Überprüfung der eigenen Bildungsziele. Bisher wurden schulische Kompetenzen national nur im Rahmen der internationalen Pisa-Tests überprüft.

Die nationalen Bildungsziele wurden nach mehrjähriger Vorbereitung 2011 festgeschrieben. Dargelegt sind die Grundkompetenzen, die in der Schulsprache, in Mathematik und in Naturwissenschaften bis Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres erreicht werden müssen. Grundkompetenzen sind auch für die Fremdsprachen am Ende des 6. und des 9. Schuljahres definiert. Diese Grundkompetenzen bilden nicht den gesamten Lernstoff ab, sondern sie stehen für den Kern der schulischen Bildung.

### Zuerst die Mathematik

Im Mai und Juni 2016 geht es um die Mathematik. Geprüft werden Schülerinnen und Schüler, die im 9. Schuljahr stehen. Wie Vera Husfeldt, die Leiterin der Abteilung Qualitätsentwicklung bei der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), erklärt, müssen in kleinen Kantonen wie den beiden Appenzell, in Glarus, Nid- und Obwalden, Schaffhausen, Uri, Zug und im deutschsprachigen Wallis sämtliche Schüler antreten. In mittelgrossen und grossen Kantonen wird eine Stichprobe genommen; es beteiligen sich rund 1000 Schülerinnen und Schüler pro Kanton. Geprüft wird im 9. Schuljahr, einbezogen sind die verschiedenen Leistungszüge auf der Sekundarstufe I.

«Für die Schulen wird die Teilnahme an den Tests von den Kantonen vorgegeben», sagt Husfeldt. Da alle Kantone, auch jene, die bei Harnos nicht mitmachen, ihre Teilnahme zugesichert hätten, wird auch in diesen Kantonen geprüft. Der Test selber dauert rund drei Stunden. Laut Husfeldt hält sich der Aufwand für die Schulen in Grenzen: So müssen sie beispielsweise die Infrastruktur zur Verfügung stellen – Räume mit Computern. Die computerbasierten Tests selber werden von Fachdidaktikern verschiedener pädagogischer Hochschulen und einer Universität unter der Federführung der Fachhochschule Nordwestschweiz erarbeitet. Für die Durchführung sind sprachregionale Zentren zuständig. Diese sind für die Absprachen mit den Schulen verantwortlich. Dabei handelt es sich um Zentren wie bei den Pisa-Tests: In der Deutschschweiz übernimmt diese Aufgabe die Pädagogische Hochschule St. Gallen. Am Testtag selber kommen externe Testleiter in die Schulen.

## Keine Rankings

Seit der Annahme der Bildungsartikel in der Bundesverfassung 2006 sind die Kantone dazu verpflichtet, Eckwerte der obligatorischen Schule national zu harmonisieren. Dazu zählen namentlich auch die Ziele der Bildungsstufen. Wer Bildungsziele festlegt, so schreibt die EDK in einem Papier, müsse auch deren Erreichen überprüfen und Schlussfolgerungen für die Qualitätsentwicklung ziehen. «Geprüft wird nun der Grad der Harmonisierung der Bildungsziele», sagt Husfeldt dazu. Rankings von Schulen und die Bewertung von Schülern oder Lehrpersonen seien nicht vorgesehen und auch nicht möglich. Jedoch werden die Ergebnisse, wie es in Unterlagen der EDK heisst, Aussagen zur Leistungsfähigkeit der kantonalen Schulsysteme ermöglichen.

Dem Ausbau der nationalen Tests steht ein Abbau bei den internationalen Pisa-Tests gegenüber: Schon 2015 nahmen nur noch rund 5000 Schweizer Jugendliche an diesen teil. Das wird auch für das Jahr 2018 gelten – dann testet Pisa die Lesekompetenzen. Innerhalb der Pisa-Erhebungen wird es keine kantonalen Stichproben mehr geben, es wird also beim internationalen Vergleich bleiben.

Publiziert werden die Ergebnisse der neuen nationalen Prüfungen zur Harmonisierung der Bildungsziele im Bildungsbericht 2018. Zurzeit finanziert die EDK die Entwicklungs- und Durchführungsarbeiten für die Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen mit 1,493 Millionen Franken jährlich.

<http://www.nzz.ch/schweiz/antreten-zum-nationalen-test-1.18658681>

NZZ, 8.12.2015

Leserbrief

## Bildungsausgaben genauer hinterfragen

Mehr Geld für die Bildung entspricht meinem Credo, aber es gilt auch der Umkehrsatz: Mehr Bildung fürs Geld. Für die Führung eher kleiner Klassen und Halbklassenunterricht in einzelnen Fächern sind Investitionen sinnvoll. Auch die Lehrerlöhne müssen konkurrenzfähig bleiben. Andererseits darf man ruhig hinterfragen, ob der riesige Aufwand für gewisse fragwürdige gesellschaftliche Ansprüche gerechtfertigt ist («Das letzte Wort dem Volk?», NZZ 28. 11. 15). Dazu gehören der ineffiziente frühe Unterricht in zwei Fremdsprachen oder die Integration verhaltensschwächerer Schüler in die Regelklassen. Was da an Geld für Stützkurse und für Stabilisierungsprogramme benötigt wird, fehlt andernorts. Doch wir machen fröhlich weiter: Der neue Lehrplan braucht teure Weiterbildungen der Lehrpersonen und einen ganzen Stab fürs aufwendige Controlling.

Begründet werden die Ausgaben stets mit der Behauptung, die Schule mache mit der Neuerung einen entscheidenden Fortschritt. Damit kommt man meist durch, auch wenn sich oft rasch herausstellt, dass die bewilligten Mittel nicht ausreichen, um die grossen Versprechungen einlösen zu können. Mit dieser Art von Bildungspolitik geben wir den allzu Knausrigen wunderbare Steilpässe, um bei der Bildung wirklich den Geldhahn zudrehen zu können.

*Hanspeter Amstutz, Fehraltorf, Oberstufenlehrer und ehemaliger Zürcher Bildungsrat*

NZZ, 7.12.2015

Bildungspolitik

## Politik der pädagogischen Aufmerksamkeits-Verschiebung

**Die Schule wird mehr und mehr als Beitrag zur Produktion von Humankapital beurteilt. Bildung wird dabei auf ihre Funktionalität reduziert.**

Gastkommentar von Walter Herzog



*Zu sehr unterscheidet sich die pädagogische Arbeit von einem industriellen Fertigungsprozess, als dass ethischen Ansprüchen ausgewichen werden könnte.*

In einer seiner letzten Abhandlungen nannte Sigmund Freud das Erziehen einen jener «unmöglichen» Berufe, in denen man sich «des ungenügenden Erfolgs von vornherein sicher sein kann». Die Äusserung steht in einem Kontext, in dem sich Freud mit der Persönlichkeit des Analytikers auseinandersetzt. Diese kann sich als Hindernis einer erfolgreichen Therapie erweisen, lässt sich aber nie so weit aufdecken, dass sie als therapeutischer Wirkfaktor genutzt werden könnte. Kein Mensch wird jemals die Vollkommenheit erreichen, deren es bedürfte, um die eigene Person als Mittel zum Zweck einzusetzen.

### Im Binnenraum der Schule

Zwar wird gerade von Lehrpersonen gerne erwartet, dass sie Vorbild sind, um gezielt auf ihre Zöglinge einzuwirken. Aber Vorbild kann man nicht sein wollen, als Vorbild muss man gewählt werden. Genau so, wie sich Aktivität und Passivität in einer Psychoanalyse nicht einseitig auf Analytiker und Analysand verteilen, sind Bildung und Erziehung interaktive Prozesse. Kinder sind an ihrer Erziehung ebenso beteiligt wie ihre Eltern, und ohne aktive Teilnahme der Schülerinnen und Schüler am Unterricht würde die Schule einer ihrer wichtigsten Ressourcen beraubt.

Da in pädagogischen Situationen auf beiden Seiten Subjekte stehen, lassen sich Erziehung und Unterricht auch nicht auf Technologie reduzieren. Es gibt Ansprüche an das pädagogische Handeln, die unabhängig sind von seiner Zwecksetzung. In den Worten von Kant unterliegt, wer unterrichtet oder erzieht, dem Anspruch, die Adressaten seines Handelns nie bloss als Mittel zum Zweck, sondern jederzeit als Selbstzweck zu behandeln. Selbst wenn sich herausstellen würde, dass strenge Strafen das effektivste Mittel sind, um Schüler zum Lernen anzuhalten, wäre es moralisch verwerflich, dieser Erkenntnis Folge zu leisten.

Des Weiteren haben es Lehrpersonen im Unterschied zum Arzt oder Psychotherapeuten in der Regel nicht mit einem individuellen Gegenüber zu tun, sondern mit einem Kollektiv. Das klassische Modell des pädagogischen Verhältnisses mag für die familiäre Erziehung seine Berechtigung haben, auf den Unterricht übertragen, führt es in die Irre. Weil Schülerinnen und Schüler keine passiven Objekte sind, ihre Beteiligung am Unterricht den Intentionen der Lehrkraft aber oft entgegengläuft, erweisen sich Schulklassen als äusserst komplexe Gebilde, die in ihrer Dynamik schwer vorhersehbar sind.

Wenn man sich im Lehrerberuf «des ungenügenden Erfolgs von vornherein sicher sein kann», dann erklären diese drei Wahrheiten über den schulischen Unterricht, weshalb dem so ist. Zu viele Bedingungen pädagogischer Wirksamkeit entziehen sich der Kontrolle durch die Lehrperson, zu komplex ist das soziale Gefüge des Unterrichts, als dass das Lehrerhandeln technologisch abgesichert werden könnte, und zu sehr unterscheidet sich die pädagogische Berufsarbeit von einem industriellen Fertigungsprozess, als dass ethischen Ansprüchen ausgewichen werden könnte.

## **Die Schule, von aussen betrachtet**

Es scheint, als würde die Einsicht in die «Unmöglichkeit» des Lehrerberufs vor unseren Augen in Vergessenheit geraten. Dafür verantwortlich ist eine Bildungspolitik, die – gewollt oder nicht – die Aufmerksamkeit vom schulischen Binnengeschehen zunehmend auf die Aussenwirkungen der Schule lenkt. Begonnen hat es mit den Pisa-Studien, die beanspruchen, das Wissen und Können 15-jähriger Schülerinnen und Schüler zu erfassen, dabei aber ausdrücklich davon absehen, nach welchem Lehrplan sie unterrichtet wurden. Die Schule wird gemäss ihrem Beitrag zur Produktion von Humankapital beurteilt, Bildung auf ihre Funktionalität für die erfolgreiche Bewältigung einer sich schnell verändernden Gesellschaft reduziert.

Entlarvend ist die Terminologie, die sich für die Pisa- und ähnliche Studien eingebürgert hat. Man spricht von Schulleistungsstudien, als ob die erfassten Leistungen nicht den Schülerinnen und Schülern, sondern der Schule zuzuschreiben wären. Das Input-Output-Denken, das auch vielen Modellen der Schulevaluation zugrunde liegt, verbannt das komplexe Bedingungsgefüge des schulischen Lernens in eine Black Box, deren Existenz zwar nicht geleugnet wird, die in ihrem Wirkungsgefüge aber unaufgeklärt bleibt. Bezeichnenderweise geht der Begriff der «guten Schule» auf eine Forschungstradition zurück, die im Englischen mit dem Etikett der «effective school» belegt wird. Das moralisch Gute der Schule, dem man im Binnenraum begegnet, fällt in deren Aussenbetrachtung dem technisch Guten gänzlich zum Opfer.

Nicht nur Harmos, auch das jüngste Reformprojekt der EDK, das den Gymnasien gewidmet ist, folgt dieser Logik zweckrationalen Denkens. Auch wenn betont wird, dass sie mehr als nur Zubringer der Universitäten sind, erscheinen die Gymnasien ausschliesslich im Lichte ihrer Leistungen für die «Langfristige Sicherung des prüfungsfreien Hochschulzugangs» (so der präventive Titel des Projekts). Den Gymnasien wird gleichsam die Garantie abverlangt, dass künftig ausnahmslos alle Maturandinnen und Maturanden gewisse Stoffe in gewissen Fächern (noch beschränkt sich das Projekt auf Mathematik und Unterrichtssprache) lückenlos beherrschen.

Ein weiteres Beispiel ist das Bildungsmonitoring, das dem Bildungsbericht Schweiz zugrunde liegt. Es folgt einem simplen kybernetischen Schema, bei dem die Politik Ziele vorgibt, deren Erreichung von der Bildungsforschung überprüft wird, worauf die Politik entweder korrigierend eingreift oder neue Ziele setzt. Als Zielkriterien gelten Effektivität, Effizienz und Bildungsgerechtigkeit (Chancengleichheit) des Systems. Wie den Pisa-Studien wird dem Bildungsbericht eine Steuerungsfunktion zugewiesen. Daten, die sich nicht für Steuerungszwecke nutzen lassen, werden ausdrücklich nicht in den Bericht aufgenommen. Indem die Aufmerksamkeit vom Inneren der Schule auf deren Aussenwirkung verschoben wird, entschwinden die Erfolgsbedingungen des Lehrerhandelns dem politischen Blick. Ein lineares Verständnis pädagogischer Wirksamkeit rückt an die Stelle des kommunikativen und kooperativen Charakters pädagogischer Praxis. Ein technologisches Verständnis pädagogischen Handelns überdeckt die nicht eliminierbare moralische Basis pädagogischer Interaktionen. Und ein irreführendes Verständnis der Lehrer-Schüler-Beziehung lenkt von der eminenten Komplexität und Dynamik des Unterrichtsgeschehens ab.

Die Folgen sind in mindestens dreierlei Hinsicht gravierend. Erstens folgt auf den Entzug der Aufmerksamkeit ein Entzug der Ressourcen. Statt vermehrt in den Binnenbereich der Schule zu investieren, werden die knapper werdenden finanziellen Mittel dazu verwendet, die Schule mit einem Schwarm von Expertinnen und Experten zu umgeben, die Evaluationen durchführen, Schülerleistungen messen und Output-Daten sammeln, oft ohne Nutzen für die pädagogische Praxis.

Zweitens geht die Verschiebung der pädagogischen Aufmerksamkeit mit einer Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger einher. In dem Masse, wie das Bildungssystem einer Steuerung über den Output unterworfen wird, erweist sich die demokratische Kontrolle des Systems als obsolet. Nicht nur Harnos und der Lehrplan 21, auch die vielenorts geplante oder schon vollzogene Abschaffung der lokalen Schulaufsicht zeigen, dass ein wesentliches Element unserer Schule, nämlich deren öffentlicher Charakter, in Gefahr steht, klammheimlich abgeschafft zu werden.

Drittens führt die Ablenkung von den Realbedingungen pädagogischer Wirksamkeit zur Überschätzung der Möglichkeiten schulischer Bildung. Bildung scheint machbar zu sein, wenn nur die richtigen Massnahmen getroffen werden. Ein Steuerungswahn macht sich breit, der suggeriert, durch Intensivierung der Kontrolle lasse sich erreichen, was durch Vertrauen in die Professionalität des Lehrerhandelns nicht erreichbar sei.

Damit wird Tendenzen Vorschub geleistet, die in Standardisierung und Zentralisierung den Königsweg zur Qualitätssicherung im Bildungswesen sehen. Doch die Erfolgsaussichten pädagogischen Handelns liegen nicht in der Nivellierung lokaler und partikularer Gegebenheiten. Letztlich sind es die konkreten Umstände, die Rücksichtnahme auf die heterogenen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler sowie die Fähigkeit der Lehrperson, den oft widersprüchlichen Anforderungen pädagogischen Handelns gerecht zu werden, die darüber befinden, ob Bildungsprozesse gelingen oder nicht. Eine Politik, die versucht, ihr zweckrationales Verständnis von Schule im Inneren der Schule zu etablieren, wie es tendenziell mit dem Lehrplan 21 geschieht, trägt nicht dazu bei, den Lehrerberuf zu stärken.

Das Gebot der Stunde ist daher, der Politik bewusst zu machen, dass ihre Aussensicht der Schule in verarmtes Abbild der pädagogischen Realität der Schule darstellt, und ihr in Erinnerung zu rufen, was ihre eigentliche Aufgabe wäre. Diese liegt nicht im Durchgriff auf den Binnenbereich der Schule, sondern in der Schaffung von Rahmenbedingungen, die es den Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, ihrer Arbeit professionell, d. h. unter optimaler Ausnutzung der Erfolgsbedingungen pädagogischen Handelns und im Wissen um die «Unmöglichkeit» ihres Berufs, und verantwortungsvoll nachzugehen.

*Walter Herzog ist em. Professor für Pädagogik, Pädagogische Psychologie, Didaktik und Schulforschung an der Universität Bern.*

<http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/politik-der-paedagogischen-aufmerksamkeits-verschiebung-1.18658713>

Südostschweiz, 9.12.2015

## ***Lernen mit der Stoppuhr!***

Elisabeth Calcagnini

Letzthin erzählte mir eine Mutter diese kleine Geschichte:

Ihr eifriger Erstklässler musste als Hausaufgabe zehn Minuten lang die Ziffer Zwei schreiben. Voller Stolz drückte er auf den Startknopf seiner neuen Stoppuhr. Aus dem Schulsack holte er das mit Linien vorbereitete Blatt für die Übung. Jetzt noch ganz schnell Pipi machen. Dann setzte er sich an den Tisch und nahm den Bleistift aus dem Etui. Der musste dringend noch gespitzt werden! So, nun konnte es losgehen. Nach genau fünf sorgfältig gemalten Zweien piepste auch schon die Stoppuhr. Zufrieden räumte der Junge seine Schulsachen weg. Die Mutter versuchte zu intervenieren: «Wenigstens drei Linien könntest du schreiben!» «Nein, die Lehrerin hat gesagt, nach zehn Minuten aufhören!»

Wir lachten beide von Herzen. Doch ist das wirklich zum Lachen?

### **Der Fokus auf die Zeitdauer verdrängt die Bedeutung des Lerninhalts**

Eine Viertelstunde lang lesen wird beim Antolin Lesepass mit einem Stempel belohnt. Schade! Das Wesentliche, nämlich die inhaltliche Faszination an der Geschichte, geht verloren. Im schlechtesten Fall hört das Kind gar mitten im Satz mit Lesen auf. Ein Fünftklässler soll sich 20 Minuten lang über seine Rechenaufgaben beugen. Auch hier wird eine festgelegte Zeitdauer über das Lernziel gestellt! Erledigen, abhaken, Hauptsache fertig. Mit der Uhr in der Hand werden die Dinge flüchtig gestreift statt vertieft.

Diese Beispiele sind harmlose, gut gemeinte Vorkehrungen, damit langsamere Kinder nicht stundenlang über ihren Aufgaben schwitzen. Doch Lernen mit der Zeit zu verknüpfen statt mit einem Zugewinn an Lerninhalt, ist problematisch. Schüler und Schülerinnen benötigen eben unterschiedlich viel Zeit, bis sie die Rechnungen verstehen, die Buchstaben schön schreiben oder das Gedicht auswendig können. Sinnvolle Individualisierung sollte jedem Kind die notwendige Zeit zugestehen, ansonsten sind einmal mehr die Schwächeren im Nachteil.

Ausserdem verweist dieser Fokus auf den Zeitfaktor und die damit einhergehende Vernachlässigung der Inhalte bereits im kleinen Rahmen auf die grössere Agenda der Schulreformen der letzten 20 Jahre und insbesondere auf den Lehrplan 21. Im neuen Regelwerk werden überprüfbare Kompetenzen zum Standard, von Inhalten ist kaum die Rede. Die überall gleichen Leistungskontrollen werden die Mentalität des Erledigens und das Lernen in erster Linie auf den Test hin begünstigen und die Tendenz zum unbeteiligten Abhaken verstärken. Unser Bildungssystem wird verarmen, denn überbewertetes Messen birgt immer die Gefahr der Reduktion des inhaltlichen Werts eine Sache.



## **Endlich Einspruch und Widerstand von linker Seite**

Ein Lichtblick am Horizont ist die diese Woche erscheinende Streitschrift **«Einspruch»**. Die Autoren sind Professoren, Lehrer und Lehrerinnen, Wissenschaftler, Kulturschaffende oder Eltern, deren Herz eher links schlägt. Sie warnen davor, dass Bildung kein Wirtschaftsbetrieb ist und nicht zu einer genormten Ausbildung verkommen darf, in der vor allem der Wettbewerb zählt. Sie stehen ein für eine öffentliche Schule in der möglichst alle Kinder eine ausgezeichnete Bildung erhalten. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln zeigen sie auf, dass der Lehrplan 21 zu einer reduktionistischen, utilitaristischen Schule führen wird, zu einem Paradigmenwechsel im gesamten Verständnis des Schulwesens, des Unterrichts, der Fachlichkeit, Lehrerbildung und Schulaufsicht. **«In diesem Dossier geht es um Bildung, nicht um Ausbildung. Es geht um den Lehrplan 21, aber nicht nur. Es geht darum, Ihnen eine Entwicklung der Volksschule aufzuzeigen, von der wir überzeugt sind, dass sie falsch ist.»** (Zitat aus «Einspruch», die Broschüre (36 Seiten) kann für fünf Franken bei [arkadi@bluewin.ch](mailto:arkadi@bluewin.ch) bestellt werden.)

*Elisabeth Calcagnini ist Heilpädagogin und Mitglied im Initiativkomitee «Gute Schule Graubünden – Mitsprache des Volkes bei Lehrplänen!».*

<http://www.suedostschweiz.ch/blog/die-schule-von-morgen/2015-12-09/lernen-mit-der-stoppuhr>

Tagblatt, 9. Dezember 2015

## Viele Wechsel in Schulleitungen

**Der Toggenburger CVP-Kantonsrat Pius Bürge und 30 Mitunterzeichner sorgen sich um die häufigen Wechsel in den Schulleitungen. Eine Interpellation soll Klarheit schaffen, wie die Regierung darüber denkt.**

REGION. «Die Schule im Kanton St. Gallen entwickelte sich in den vergangenen Jahren zunehmend zu einer Handlungs- und Betriebseinheit, die über erweiterte Kompetenzen verfügt», schreibt Pius Bürge in seiner Interpellation. Damit verbunden sei die Einführung und Stärkung der Rolle der Schulleitung gewesen, indem diese für die pädagogische Leitung mit operativer Führung der Schule zuständig ist.

### **Grundlage geschaffen**

Mit dem siebten Nachtrag zum Volksschulgesetz vom 8. Januar 2004 hat die Schulleitung im Kanton St. Gallen schliesslich eine gesetzliche Grundlage erhalten. Gemäss Volksschulgesetz Art. 114bis ist der Schulrat zuständig für die Einsetzung der Schulleitungen. Der Schulträger setzt die Rahmenbedingungen, im speziellen die Anstellung, die konkreten Aufgaben und Kompetenzen sowie die dafür nötigen Unterstützungsmittel fest.

### **Verunsicherung spürbar**

«Nach mittlerweile mehr als zehn Jahren Erfahrung mit den Schulleitungen ist festzustellen, dass es sehr zahlreiche Wechsel bei den Schulleitungen gibt und die Nachfolgeregelungen sich schwierig gestalten», schreibt Pius Bürge. Mancherorts seien die Einsätze der Schulleitungen ausserdem von kurzer Dauer. In den Augen Bürges führen die vielen Wechsel in den Schulleitungen zu Verunsicherungen im operativen und pädagogischen Bereich des Schulbetriebs. Zudem beanspruche eine Nachbesetzung der Schulleitung zeitliche und finanzielle Ressourcen.

### **Vier Fragen an die Regierung**

In seiner Interpellation richtet Pius Bürge vier Fragen an die Regierung. Als erstes möchte er wissen, ob sich die Regierung der Problematik der «sehr zahlreichen Wechsel in den Schulleitungen» bewusst sei. Dann fragt er nach den Gründen der zahlreichen Stellenwechsel. «Wo sieht die Regierung Handlungsbedarf, und was unternimmt sie, um die Arbeit der Schulleitungen in der St. Galler Volksschule weiter zu stärken?», lautet seine dritte Frage. Abschliessend fragt Bürge die Regierung, ob sich das System der «Geleiteten Schule» im Kanton St. Gallen bewährt habe und wie es in Zukunft aussehe.

Aus dem Wahlkreis Wil wurde die Interpellation mitunterzeichnet von Daniel Baumgartner (SP, Flawil), Bruno Cozzio (CVP, Uzwil), Ernst Dobler (CVP, Oberuzwil), Raphael Kühne (CVP, Flawil) und Martha Storchenegger (CVP, Jonschwil). (hs)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/wil/wv-au/Viele-Wechsel-in-Schulleitungen;art266,4455116>

## **KR Interpellation 51.15.97**

### **Zahlreiche Wechsel bei den Schulleitungen**

 [Wortlaut vom 2. Dezember 2015 \(PDF, 108 KB\) neues Fenster](#)

Tagblatt, 9. Dezember 2015

## Jetzt brennen schon die Kinder aus

**Auch Thurgauer Kinder und Jugendliche sind erschöpft. Bruno Rhiner, Chefarzt und Kinder- und Jugendpsychiater, führt dies darauf zurück, dass die Ansprüche von Schule und Lehre grösser geworden sind.**

INGE STAUB

Herr Dr. Rhiner, ein Hamburger Psychiater warnt vor Burn-out bei Kindern, unter anderem weil sie in der Schulklasse perfekt auftreten müssen und in der Freizeit Stress herrscht. In wieweit werden Sie im Thurgau mit diesem Problem konfrontiert?

Rhiner: Burn-out ist eine moderne Bezeichnung für eine depressive Erkrankung. Auch im Thurgau nehmen Erschöpfungsdepressionen bei Kindern und Jugendlichen zu.

Es ist bereits die Rede vom erschöpften Kind. Weshalb sind denn Kinder und Jugendliche erschöpft?

Rhiner: Kinder und Jugendliche stehen heute unter einem grossen Leistungsdruck. Die Ansprüche in Schule und Lehre sind grösser geworden. Zudem sollen sie sich zwischen Hunderten von Möglichkeiten entscheiden und sich immer wieder auf Neues einstellen. Hinzu kommt, dass sich die Familienstrukturen in den letzten Jahrzehnten stark verändert haben.

Ist Burn-out nur ein Modewort, oder sind Ihre jungen Patienten wirklich krank?

Rhiner: Diejenigen Kinder, die beim Facharzt Hilfe suchen, sind meistens wirklich krank. Allerdings muss man festhalten: Es fallen die ruhigen, die an Angst und Depressionen leiden, weniger auf und sind bei uns eher unterrepräsentiert. Die Kinder, die laut sind und in der Schule stören, werden früher bei uns angemeldet.

Es gibt Stimmen, die sagen, Kinder und Jugendliche hätten es noch nie so gut gehabt wie heute. Sie hätten traumhafte Bedingungen.

Rhiner: Das ist ja das Problem. Kinder und Jugendliche kommen mit den vielfältigen Möglichkeiten, die sich ihnen heute eröffnen, nicht klar. Für diejenigen, die flexibel, emotional gefestigt und intelligent sind, ist das nicht schwierig. Probleme haben die Kinder, die unsicher und wenig dynamisch sind.

Ständig Neues erarbeiten, haben Kinder zu viel Stress?

Rhiner: Stress in einem normalen Ausmass ist nicht schlecht. Wenn Kinder in einem Schonraum aufwachsen, werden sie nicht stark. Damit sie sich entwickeln können, wollen sie gefordert werden. Kinder sollten lernen, Ausdauer aufzubringen und sich selbst etwas zu erarbeiten.

Matura, Tennis, Musik: Bürden Eltern ihren Kindern zu viel auf?

Rhiner: Die Anforderungen der Gesellschaft an Kinder sind da. Doch sollten Eltern ihre Kinder unterstützen und den Druck nicht noch mehr erhöhen. Eltern sollten merken, wenn der Rucksack des Kindes zu voll ist, und es entlasten. Schwierig wird es, wenn die Eltern selbst im Hamsterrad sind und den Zugang zu ihren Kindern verlieren.

Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst der Spital Thurgau AG behandelte 2014 über 2000 Kinder und Jugendliche; die einen sind auffällig, die anderen depressiv. Haben Kinder im Thurgau tatsächlich kaum noch eine glückliche Kindheit?

Rhiner: In den letzten sechs Jahren hat sich die Zahl unserer jungen Patienten verdoppelt. Dies liegt nicht daran, dass die Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen zunehmen, sondern dass mehr junge Patienten die Hilfe in Anspruch nehmen, die sie brauchen.

Dennoch: 2000 junge Patienten, diese Zahl ist erschreckend hoch.

Rhiner: Psychische Erkrankungen, insbesondere Depressionen, sind im Kinder- und Jugendalter hauptverantwortlich für Einschränkungen der Gesundheit. So gesehen ist die rechtzeitige medizinische Hilfestellung nicht erschreckend, sondern hilfreich, um einen tieferen Knick in der wichtigen Entwicklung hin zum Erwachsenen zu vermeiden.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kantonthurgau/tz-tg/Jetzt-brennen-schon-die-Kinder-aus;art123841,4454964>

Appenzeller Volksfreund, 10.12.2015

**Leserbrief zum Artikel „Diese Initiative ist ein Rückschritt“ vom 1. Dezember 2015**  
<http://nein-zum-lp21.ch/wp-content/uploads/Appenzeller-Volksfreund-1.12.2015.pdf>

## **Grosser Rat hat sich nur mit dem formalen Inhalt beschäftigt, aber den Hintergrund ignoriert.**

Zu einigen Aussagen im Bericht muss ich doch Ergänzungen anbringen:

„Die Innerrhoder Landschulen können nur mit einer Ausnahmegewilligung geführt werden“. Die Ausstellung von Bewilligungen wird aber in der Initiative nicht verlangt. Dass diese Ausnahmen auf der Hand liegen ist jedermann klar.

„Die Fächerliste gemäss Initiative ist gegenüber heute ein Rückschritt.“ Die Fächerliste bedeutet, dass nicht unter unklaren Titeln wie „Natur, Mensch, Gesellschaft“ (gemäss Lehrplan 21) alles in die Schule getragen werden kann, was irgend jemandem in den Sinn kommt. Daher die jedermann verständlichen Begriffe Geschichte, Geografie, Natur und Technik (gemäss Initiative „für eine gute Volksschule“).-Das Wort Rückschritt ist nichts anderes als der Versuch, in Ermangelung effektiver Argumente die Initiative als veraltet hinzustellen. Die Benutzer der Ausdrücke wie veraltet und Vergangenheitsromantik sollten sich bewusst sein, dass anlässlich eines Jahrhunderte alten Anlasses (Landsgemeinde), der in dieser Zeit nur die notwendigsten „Modernisierungen“ mitmachte, über die Initiative entschieden wird. Ein Ort also, wo die Ausdrücke Vergangenheitsromantik und veraltet sicher nicht positiv aufgenommen werden und unpassend scheinen. Auch sollte der mündige Mensch fähig sein, etwas „Altes“ wieder anzuwenden wenn er merkt, dass das „Neue“ nicht taugt.

Was spricht gegen eine Festlegung des Lehrplans durch den Grossen Rat? Dieses Gremium ist durch die Stimmbürger der Bezirke gewählt und soll daher auch die wichtigen Beschlüsse für diese fassen. Der Lehrplan, wonach unsere Kinder unterrichtet werden, erscheint mir wichtiger als die durch den Grossen Rat festzulegenden „Schülertransporte und –Verpflegungen“ (gemäss Art. 55 Schulgesetz). Auch ergibt die Festlegung des Lehrplans, zusammen mit der in der Initiative verlangten Referendumsmöglichkeit die einzige erkennbare Möglichkeit, dass der Stimmbürger in der Lehrplanfrage überhaupt eine demokratische Mitsprachemöglichkeit hat. Wie die Ausführungen von Grossrat Josef Manser, Gonten, ergaben, hatte ja weder der Stimmbürger noch der von diesem gewählte Grosse Rat seinerzeit bei der Einführung des „Frühenglisch“ eine Mitsprachegelegenheit. Die Vorbereitung eines Lehrplan-Entscheids durch den Grossen Rat kann problemlos durch die Landesschulkommission erfolgen unter der wie bisher gewährten Anhörung der Lehrerschaft.

Die angesprochene Unterordnung unter den Artikel 62 der Bundesverfassung ist nicht von Belang. Gemäss Äusserungen von diversen Verfassungsrechtlern ist dieser „Bildungsartikel“ mit der Anpassung der Schulstufen im Kanton Aargau erfüllt worden und bedarf keiner weiteren Erfüllung. Ansonsten müsste sich Innerrhoden insbesondere im Bereich der Fremdsprachen heute schon vor einem Eingreifen Berns fürchten. Dass das Frühfranzösisch auch weiterhin (zum Glück für die Kinder) kein Thema sein soll, widerspricht klar dem Lehrplan 21. Wenn man also diesen Lehrplan einführen will, begründet man gleichzeitig eine Differenz, die hoffentlich nie Probleme mit sich bringt.-Es erstaunt aber auch, dass der Erziehungsdirektor diese Aussage so bestimmt machen kann, ist doch offenbar der Lehrplan 21 durch die Landesschulkommission noch nicht beschlossen. Die gleiche Fragestellung stellt sich im Zusammenhang mit der weitem Freiwilligkeit des ersten Kindergartenjahres und des altersdurchmischten Lernens. Müssen nicht auch diese Entscheide in der heutigen Rechtsordnung durch die Landesschulkommission getroffen werden?

Wenn ein Grossrat bemängelt, die Kinder könnten nicht nur Wissen haben, sondern müssten doch lernen, wie sie ihr Wissen anwenden können, hat er einerseits den Text der Initiative nicht genau gelesen

(Ergänzend können Kompetenzen definiert werden – Artikel 47, Abs. 1 der Initiative), andererseits hat er offenbar entsprechende Mängel bei der jetzigen Schulbildung festgestellt (der aktuelle Lehrplan enthält das Wort Kompetenz nur 14 mal, meistens als Sprachkompetenz). In den gleichen Bereich gehört die Aussage „Und was ist falsch daran, wenn die Schüler selber denken lernen?“. Ich gehe davon aus, dass wir, die wir ohne Lehrplan 21 beschult wurden, trotzdem selber denken lernten.

Die Aussage, die Innerrhoder Kinder könnten ohne Lehrplan 21 nicht fähig sein, die ausserkantonalen weiterführenden Schulen zu besuchen, zeigt klar auf, dass der mit dem Lehrplan 21 gemäss etlichen Bildungspolitikern und –Spezialisten geplante Bildungsabbau nicht berücksichtigt wird. Das Problem, das besser beschulte Innerrhoder Schüler höchstens riskieren, ist das, dass sie sich langweilen könnten, wenn in den Lektionen Stoff behandelt wird, der Ihnen aus früheren Schulen geläufig ist.

Als Höhepunkt in der Session des Grossen Rates bei der Behandlung der Initiative hörte ich die Warnung eines Grossrats, dass gute Redner an der Landsgemeinde viel bewirken könnten, wie letztes Jahr bei der Hallenbad-Abstimmung gesehen. Da hat offenbar jemand Angst vor dem mündigen Stimmbürger und hat diesem das Abweichen von der Abstimmungsempfehlung des Grossen Rates anlässlich der letzten Landsgemeinde nicht verziehen.

Bei der Beratung der Initiative „für eine starke Volksschule“ musste ich aber den Hintergrund der Initiative fast gänzlich vermissen. Einzig GR Josef Manser, Gonten, äusserte sich zu den in den letzten Jahren schwächer werdenden Leistungen der Schulabgänger in Deutsch und Mathematik. Wie weit die anderen Grossräte sich überhaupt für die Hauptpersonen in der ganzen Lehrplanproblematik, für die Kinder, interessieren, blieb unklar. Es kann daher nur an den Eltern und Lehrpersonen als direkt Betroffene liegen, auf diese Probleme aufmerksam zu machen. Diese Probleme sind sicher in allen Klassen unserer Volksschule verschieden. Da spielen die Lehrer, die verwendeten Lehrmittel und ganz besonders die angewandten Methoden eine wichtige Rolle. Ich bin froh, wenn ich dazu noch mehr Informationen von Betroffenen erhalte, die selbstverständlich vertraulich behandelt werden. Ich weiss, dass auch in Innerrhoden schon heute teilweise Schulmethoden angewandt werden, die von Bildungsexperten und vom Verein der Ostschweizer Kinderärzte negativ beurteilt werden. Mit der Initiative „für eine starke Volksschule“ sollte das in den nächsten Jahren korrigiert werden können, zum Wohl unserer Kinder und zur Aufrechterhaltung einer ordentlichen Ausbildung künftiger Generationen.

Paul Bannwart  
Appenzell-Steinegg

Berner Zeitung, 10.12.2015

## Pichard warnt Linke vor dem Lehrplan 21

**Der Bieler Lehrer und GLP-Stadtrat Alain Pichard veröffentlicht mit «Einspruch» bereits seine zweite Streitschrift gegen den Lehrplan 21. Ihm und den 20 Mitautoren gehe es aber um mehr als nur das neue Regelwerk.**



Der Bieler Lehrer Alain Pichard hat mit «Einspruch» bereits seine zweite Streitschrift gegen den Lehrplan 21 veröffentlicht. Bild: Stefan Anderegg

Marius Aschwanden

**Die Einführung des Lehrplans 21 ist im Kanton Bern bereits weit fortgeschritten. Kommt Ihre Streitschrift nicht viel zu spät?**

*Alain Pichard:* Es geht uns nicht allein um den Lehrplan 21, sondern um die Entwicklung unseres Bildungswesens. Diese fing mit Bologna an, wurde mit Pisa fortgesetzt und vollzog mit Harmonos eine grundlegende Weichenstellung. Der Lehrplan 21 ist hier nur ein weiterer Baustein.

**Was wollen Sie mit der Streitschrift erreichen?**

Es geht um Aufklärung: Wir zeigen auf, wie sich die Bildungsbürokratie schon lange vom Gedanken der Harmonisierung verabschiedet hat und stattdessen eine Steuerung der Schule anstrebt, wie wir sie aus der Wirtschaft kennen. Da fragen wir: Wollen wir Normierung, Standardisierung, zentral ausgearbeitete Testbatterien? Wollen wir einen Lehrplan, der nicht mehr sagt, was wir machen, sondern detailliert vorschreibt, wie wir es machen sollen? Oder, wie es Peter Bieri formuliert: Wollen wir Bildung durch Ausbildung ersetzen? Zudem wollen wir die Linke warnen, indem wir sagen: Aufgepasst, nur weil die SVP dagegen ist, handelt es sich nicht um ein progressives Projekt, im Gegenteil.

**Erziehungsdirektor Bernhard Pulver, die EDK und andere Befürworter des Lehrplans betonen stets, dass auch sie gegen eine solche Entwicklung sind und davon nichts im Lehrplan steht.**

Die Lehrplanverantwortlichen fallen vor allem durch eine atemberaubende Widersprüchlichkeit in ihren Aussagen auf. Herr Pulver verkündet ja überall, dass sich für die Lehrer nichts verändern würde, während seine ehemalige Amtskollegin Frau Aeppli von einem Jahrhundertwerk sprach, welches die Schule entscheidend verändern werde. Und Professor Reusser spricht gar von einem Paradigmenwechsel in der Steuerung der Schule. Alle drei waren leitende Mitglieder des Lehrplangremiums.

**Frau Aeppli war Bildungsdirektorin in Zürich. Im Kanton Bern dürfte der Sprung von der Lernzielorientierung im Lehrplan 95 hin zur Kompetenzorientierung im Lehrplan 21 kleiner sein als andernorts.**

Wie gesagt, es geht nicht um Lernzielorientierung und Transfer, das wäre in der Tat banal. Es geht um Anwendbarkeit, Messbarkeit, Steuerung, und testbasiertes Monitoring, wie wir es aus der Wirtschaft kennen, in Zürich wie in Bern.

**Sie propagieren auch eine Verschiebung der Kompetenzen für die Einführung des Lehrplans von der Regierung zum Volk. Wieso?**

Die EDK hat den ursprünglichen Harmonisierungsauftrag der Stimmbürger als Freipass gedeutet, unserem öffentlichen Schulsystem eine OECD-Agenda zu verpassen. Und solche Grundsatzentscheide werden in der Schweiz vom Volk entschieden. Das hätte man bei Bologna auch machen sollen.

**Muten Sie dem Stimmbürger nicht zu viel zu, wenn er über ein 470-seitiges fachliches Werk abstimmen soll?**

Wenn ich die Reformruinen sehe, welche uns die Bildungsexperten allein im Kanton Bern in den letzten Jahren in die Landschaft gestellt haben, erstaunt mich diese Frage. Es geht um den geschilderten Grundsatzentscheid, und den sollen und können auch die Stimmbürger fällen.

**Es fanden eine breite Mitwirkung und Hearings der Lehrpersonen statt. Genügt das nicht?**

Kanalisierte Vernehmlassungen mit kurzen Fristen und Jubelveranstaltungen nach dem Motto «Wir da oben und ihr da unten» ersetzen keinen demokratischen Entscheidungsprozess. Zumindest bei uns in der Schweiz nicht.

**Wieso sind Sie nicht im Initiativkomitee der Interessengemeinschaft für eine starke Volksschule im Kanton Bern, die genau dies erreichen will?**

Ich unterstütze ein allfälliges Volksbegehren. Mit meinen 60 Jahren betrifft mich der Lehrplan allerdings nicht mehr. Und ich sehe mich in erster Linie als Lehrer, der gut unterrichten will. Einen Abstimmungskampf möchte ich mir ehrlich gesagt nicht mehr zumuten.

**Die Lehrer betonen stets, dass die Lehrmittel wichtiger sind als ein Lehrplan. Kochen Sie die Suppe nicht viel heisser, als sie gegessen wird?**

Das sagt nicht nur die Lehrkräfte, das sagen auch die Lehrplanverantwortlichen: Der Lehrplan sei gar nicht für uns bestimmt, sondern für die Lehrmittelhersteller. Wir Lehrer erhalten diese, müssen damit unterrichten, und die Lehrplanverantwortlichen testen dann, ob wir es gut gemacht haben. Weil der Lehrplan als Basis für die Lehrmittel dient, ist er aber ernst zu nehmen.

**War die Schule vor Harnos und Bologna tatsächlich besser ?**

Das ist eine alberne Frage. Die Schule und auch ich als Lehrer müssen uns verändern. Ich unterrichte ziemlich anders als in den 70er-Jahren. Ich frage mich allerdings, ob ein föderatives Schulsystem, das immer noch die meisten Nobelpreisträger pro Kopf der Bevölkerung aufweist, an den Lehrlingsweltmeisterschaften jeweils Spitzenplätze belegt, in den Pisa-Erhebungen sehr gut abschneidet, eine rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit produziert, wirklich derart reformbedürftig sein soll.

<http://www.bernerzeitung.ch/region/kanton-bern/Pichard-warnt-Linke-vor-dem-Lehrplan-21/story/13688273>



BaZ, 10.12.2015

## Basler SP-Front gegen Schulreformen

**In einer neu lancierten Broschüre kommen auch viele Kritiker aus dem linken Lager zu Wort**

Von Franziska Laur



«Eine überambitionierte Bürokratenmaus hat einen Dokumentenberg geboren.»

SP-Ständerätin Anita Fetz



«Es wird zu viel Theorie und zu wenig fachbezogene Ausbildung angeboten.»

Daniel Goepfert, Lehrer und SP-Grossrat



«Der Elfenbeinturm der Schulbürokratie bekommt erste Risse.»

Roland Stark (SP),  
ehemaliger Kleinklassenlehrer

Basel. Lange Zeit meldeten sich vor allem SVP-Politiker zu Wort, um gegen die laufenden Schulreformen zu opponieren. Jetzt schalten sich immer mehr Linke in die Debatte ein. So nimmt eine Gruppierung von SP-Politikern, linksliberalen Professoren und Lehrern in einer 30-seitigen Streitschrift unter dem Titel Einspruch Stellung – unter dem 20-köpfigen Autorenteam sind mehrere Basler: SP-Ständerätin Anita Fetz, der ehemalige Kleinklassenlehrer, Roland Stark, SP-Grossrat und Gymnasiallehrer Daniel Goepfert und Anton Hügli, eigentlich Solothurner, jedoch Lehrbeauftragter am Philosophischen Seminar der Uni Basel. Auch die Federführung der Oppositionsschrift hat ein Basler inne: der Sekundarlehrer Alain Pichard; er lebt jedoch schon länger in Biel und sitzt dort als Vertreter der Grünliberalen im Stadtrat. Von ihm stammt die Initiative zum lehrplankritischen Memorandum «550 gegen 550».

Die neue Broschüre nimmt nicht zuletzt den Abbau der Lehrer-Kompetenzen und den neuen Lehrplan als «Steuerungsmodell» der Schule aufs Korn. So kritisiert Hügli, dass steuernde Eingriffe der tiefere Sinn des neuen Lehrplans 21 mit seiner «abstrusen Zerstückelung der Hundertschaften von aufgelisteten Schlüsselkompetenzen in immer kleiner werdende Teilkompetenzen» seien. Legitimiert werde alles unter Berufung auf eine Scheingerechtigkeit, die schweizweit gleiche Prüfungsergebnisse und gleiche Noten verspricht. Hügli schreibt: «Statt von der angeblichen Gerechtigkeit zu schwärmen (...), lenkt man den Blick besser auf den Preis, den man für diese

Entwicklung zahlt.» Dies seien unter anderem die Verhinderung jeder öffentlichen Diskussion über das, was uns in Schule und Unterricht wichtig sein soll.

## **Streit um die Fröhsprachen**

Anita Fetz stellt in ihrem Beitrag (erschieden auch in der Zeit) fest, dass mit Harnos das Schulleben nicht einfacher, wie vom Volk gewünscht, sondern komplizierter geworden ist. «Die Kantone geben einander wegen des Streits um die Fröhsprachen aufs Dach, und nebenbei hat eine überambitionierte Bürokratenmaus einen Dokumentenberg geboren, der das Matterhorn vor Neid erblassen lässt.»

Tatsächlich sind die wesentlichen Punkte von Harnos nicht erfüllt – im Gegenteil, die Fröhspracheneinföhrung hat zu einer Verkomplizierung geföhrt. So beginnt beispielsweise der Kanton Aargau mit Fröhenglisch, die beiden Basel jedoch mit Fröhfranzösisch. Das hat zur Folge, dass Rheinfelder Kinder, die mit ihrer Familie nach Muttenz zügeln, zwei Jahre zu wenig Fröhfranzösisch-Unterricht haben.

«Eine schweizweite oder auch nur sprachregionale Annäherung, wie wir sie wollten, sieht anders aus. Eine Vereinfachung auch», schreibt Anita Fetz und folgert: «Harnos in der heutigen Form ist gescheitert. Und zwar daran, dass das Fuder mit der Kompetenzausrichtung und mit viel bürokratischem Fleiss überladen wurde.»

SP-Grossrat Daniel Goepfert hingegen hadert mit der Lehrkräfteausbildung für die Sekundarstufe I. «Auf eine kurze Formel gebracht: Es wird zu viel Theorie und zu wenig fachbezogene Ausbildung angeboten», stellt er fest.

## **Horrende Kosten einsparen**

So genieesse in der Nordwestschweiz eine Französisch- oder Englischlehrkraft nur noch vier Stunden Fachunterricht während vier Semestern. Das seien insgesamt 224 Stunden, während es bis vor Kurzem noch 550 Stunden gewesen seien. Der grosse Rest verteile sich auf Erziehungswissenschaften, Fachdidaktik, berufspraktische Studien sowie Abschlussarbeiten, die meist nicht fachspezifisch seien.

Roland Stark konstatiert in Bezug auf den Kanton Basel-Stadt, der als erster den Lehrplan 21 schon eingeföhrt hat: «Ein Erziehungsdirektor mit überragenden kommunikativen Fähigkeiten, desinteressierte Parteien, narkotisierte Medien und handzahme Gewerkschaften halfen mit, dass im Kanton Basel-Stadt selbst einschneidende bildungspolitische Veränderungen störungsfrei und ohne kontroverse Debatte beschlossen werden konnten.» Und er stellt fest: «Nun scheint aber der Wind zu drehen, der Elfenbeinturm der Schulbürokratie bekommt erste Risse.»

Und als letzter Einspruch-Schreiber aus der Region Basel soll der Geschichtslehrer Georg M. Geiger zu Wort kommen: «Die leicht erhöhte Mobilität der Wohnbevölkerung in unserem Land lässt sich durch national definierte Lernstandards und dank Lehrkräften, die es gewohnt sind, binnendifferenziert und individualisiert zu unterrichten, bestens auffangen. Die restlichen Strukturanpassungen und die damit verbundenen horrenden Kosten kann man sich getrost sparen. Und schon gar nicht muss das historisch gewachsene föderale Bildungswesen als Ganzes geschlossen werden.»

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/BaZ-10.12.2015.jpg>

Neue Luzerner Zeitung, 11.12.2015

## Luzerner Regierung hält an Schulsozialarbeit fest

Das Mindestalter für den Eintritt in den Kindergarten wird um drei Monate auf fünf Jahre angehoben.

**SCHULE · Der Luzerner Regierungsrat nimmt bei der Betreuung von Kindern mit Schulproblemen die Gemeinden in die Pflicht. Er will, dass die frühe Sprachförderung und die Schulsozialarbeit flächendeckend angeboten werden.**

Der Regierungsrat hat am Freitag eine Teilrevision des Volksschulbildungsgesetzes vorgestellt. Es handle sich nicht um eine Schulreform, teilte die Bildungsdirektion mit. Vielmehr würden Aufträge des Kantonsrats umgesetzt, oder es werde die heutige Praxis gesetzlich verankert.

So wird das Mindestalter für den Eintritt in den Kindergarten um drei Monate auf fünf Jahre angehoben. Damit kann verhindert werden, dass Schulabgänger bei Beginn einer Lehre jünger als 15 Jahre alt sind und nur mit einer Ausnahmegewilligung beschäftigt werden können.

### Parlament sieht Sparpotential

Der Regierungsrat setzt mit dieser Änderung eine Forderung des Kantonsrats um. Bei der Schulsozialarbeit geht er aber zum Parlament in Opposition. Dieses hatte jüngst in der Budgetdebatte den Wunsch ausgesprochen, dass die Gemeinden die Schulsozialarbeit mittelfristig nur noch bei Bedarf anzubieten hätten.

Der Regierungsrat will aber an der gesetzlichen Verankerung des Schulsozialarbeiters analog dem Schulpsychologen oder Schularzt festhalten. Gemeinden und Schulbehörden hätten dies in der Vernehmlassung unterstützt. Die heutige, verordnungsrechtliche Grundlage reiche für eine langfristige Ausrichtung von Kantonsbeiträgen nicht aus.

Bereits heute haben alle Sekundarschulen eine Sozialarbeit. In der Primarschule verfügen etwa 15 der 82 Gemeinden noch über kein entsprechendes Angebot. Diese sollen nun bis Sommer 2018 Zeit erhalten, die Schulsozialarbeit einzuführen.

### Eltern sollen zahlen

Bis Sommer 2020 erhalten die Gemeinden Zeit, ein Angebot zur frühen Sprachförderung von fremdsprachigen Kindern einzuführen. Sie sollen Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen verpflichten können, noch vor dem Kindergarten ein solches Angebot zu besuchen. Die Gemeinden können von den Eltern angemessene finanzielle Beiträge verlangen.

Dieser Unterricht, der etwa im Rahmen von Spielgruppen angeboten werden kann, sei sehr erfolgreich und vergleichsweise günstig, schreibt der Regierungsrat in seiner Botschaft.

Der Regierungsrat geht davon aus, dass von den rund 4000 Kindern eines Jahrgangs 600 dieses Unterstützungsangebot nötig haben. Heute besucht aber nur jedes Sechste eine frühe Sprachförderung. Gemäss einer Aufstellung des Regierungsrates dürften in fast der Hälfte aller Gemeinden nur zwei oder weniger Kinder pro Jahrgang diesen Sprachunterricht nötig haben.

Weitere im Gesetz vorgesehene Änderungen betreffen die Führung der Schulen. Die Schulleitungen werden gestärkt. Sie sind neu für alle personalrechtlichen Fragen zuständig und verfügen über die ihr zugewiesenen Betriebsmittel. Die Schulpflege wird zur Bildungskommission umbenannt. (sda)

<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/lu/luzern/Luzerner-Regierung-haelt-an-flaechendeckender-Schulsozialarbeit-fest;art92,644966>

Limmattaler Zeitung, 11.12.15

## **Für mehr Deutsch und Rechnen sollen Dispense erteilt werden**

**Um die Leistungen in Deutsch und Mathematik zu verbessern, sollen Schüler andere Fächer vernachlässigen dürfen. Die Lehrer sind dafür, sehen jedoch bei der Umsetzung Probleme**

von Heinz Zürcher

Etwa 20 Prozent der Jugendlichen im Kanton Zürich erreichen am Ende ihrer obligatorischen Schulzeit die Lernziele in Deutsch und Mathematik nicht. Das hat die Pisa-Studie 2009 ergeben. Und das bekommen vor allem die Lehrbetriebe zu spüren.

Um dem entgegenzuwirken, können nun leistungsschwache Schülerinnen und Schüler vorübergehend von einzelnen Fächern dispensiert werden. Eine entsprechende Änderung in der Volksschulverordnung hat der Regierungsrat gestern verabschiedet.

### **«Stunden fallen oft ganz aus»**

Die Neuerung gilt vor allem für die Sekundarstufe, wo sich Berufswünsche konkretisieren und sich besser abschätzen lässt, auf welchen Lerninhalt ein Schüler am ehesten verzichten kann. Martin Wendelspiess, Chef des Volksschulamtes, nennt zwei Beispiele: «Wer Handwerker werden will, könnte Französisch vernachlässigen – und eine talentierte Kunstturnerin das Turnen, da sie ja ohnehin schon 20 Stunden pro Woche Sport treibt.»

Die Flexibilisierung ist breit abgestützt. Auch der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) befürwortet sie. «Die Änderung ermöglicht eine Praxis, die heute teilweise schon umgesetzt wird», sagt ZLV-Präsidentin Lilo Lätzsch.

«Das Problem ist nur, dass zwar Schülerinnen und Schüler dispensiert werden, diese Stunden aber oft gar nicht konsequent für Deutsch- oder Mathematikunterricht genutzt werden, sondern ganz ausfallen.» Das liege teils an organisatorischen Schwierigkeiten, teils an fehlenden personellen oder räumlichen Ressourcen. Diese Mängel seien auch mit der neuen Verordnung noch nicht aus der Welt geschafft.

Martin Wendelspiess bestätigt, dass solche Dispensationen bereits heute teilweise vorgenommen werden. «Mit der Änderung in der Verordnung ist es nun offiziell und die Schulen müssen kein schlechtes Gewissen mehr haben.»

Anders als Lätzsch beurteilt der Amtschef allerdings die Umsetzung: «Es ist nicht möglich, einen Schüler einfach nach Hause zu schicken. Dass dispensierte Stunden für Mathematik oder Deutsch genutzt werden müssen, ist nun explizit festgeschrieben.»

### ***Entlastung durch Computer***

Ob die Vorgabe auch tatsächlich umgesetzt wird, werde die Bildungsdirektion nicht kontrollieren. «Wir schicken keine Schulpolizei los», sagt Wendelspiess. «Wir gehen davon aus, dass die Schulen die Verantwortung wahrnehmen.» Ausserdem ist er überzeugt, dass eine Umsetzung mit den vorhandenen personellen Ressourcen möglich ist.

Für Deutsch- und Mathematikunterricht gebe es heute computerbasierte Lernmittel und Lernsequenzen, die selbstständiges Arbeiten ermöglichen und die Lehrpersonen entlasten würden.

Um sich auf die neue Regelung einzustellen, bleibt den Schulen ein halbes Jahr Zeit. Die Einführung ist auf den Beginn des Schuljahres 2016/2017 vorgesehen.

<http://www.limmattalerzeitung.ch/limmattal/zuerich/fuer-mehr-deutsch-und-rechnen-sollen-dispense-erteilt-werden-129805435>



Liebe Kollegin, lieber Kollege

Bildung und Ökonomie verheiraten zu wollen, heisst (gelinde gesagt) eine konfliktreiche Ehe in Kauf zu nehmen. Dieser Newsletter gibt Ihnen zwei aktuelle Beispiele dazu – ein transatlantisches von unserm grossen Muster und ‚Vorbild‘ für die zentralen Bildungsreformprojekte der letzten 15 Jahre, den USA, und ein nationales, das vielleicht weniger dramatisch tönt, aber ganz gewiss mehr wehtun wird – jedem und jeder von Ihnen. Und am Schluss finden Sie unsern Vorschlag zur Rettung dieser Ehe.

### 1. Standardisieren!

Diane Ravitch war unter drei Präsidenten die Leiterin des grossen Standardisierungsprojekts in den USA. Als Expertin muss sie früher als andere bemerkt haben, zu welch katastrophalen Resultaten die Fixierung auf einheitliche Normen und deren Testung führen würde, hat sie sich doch schon vor einigen Jahren von der Saula zur Paula gewandelt und führt nun einen Kampf gleichsam gegen ihr eigenes Projekt. Einen Kampf gegen die Zerstörung des US-Bildungssystems insbesondere an den öffentlichen Schulen, für die dann noch so gerne private Bildungsanbieter einspringen – was die Frage nahelegt, ob hinter diesem Prozess der Vernichtung öffentlicher Bildung eine bewusste Strategie steckt, also ob vielleicht das bekannte Diktum von Shakespeare auf dieses Standardisierungs- und Testungsprojekt zutreffen könnte: ‚Ist dies schon Wahnsinn, hat es doch Methode.‘ Lesen Sie im Anhang die Besprechung von Ravitchs neuestem Buch durch Roger Hiltbrunner, Mitglied der FACH-Kerngruppe.

### 2. Sparen!

Bundesrat Schneider Ammann sagte vor einem Jahr, bei den vergangenen Sparbemühungen sei der Bereich Bildung noch geschont worden, damit sei es nun definitiv vorbei. (Ganz im Gegensatz übrigens zur Tatsache, dass jeder Politiker jederzeit vollmundig von der Bildung als einzigem Rohstoff der Schweiz schwärmt.) Und nicht länger als dieses eine Jahr ist es gegangen, bis diese Strategie in den einzelnen Kantonen angekommen ist. Unter folgendem link sehen Sie eine Übersicht von Anja Burri (TagesAnzeiger) über die aktuellen Bildungs-Sparprogramme in der ganzen Schweiz:

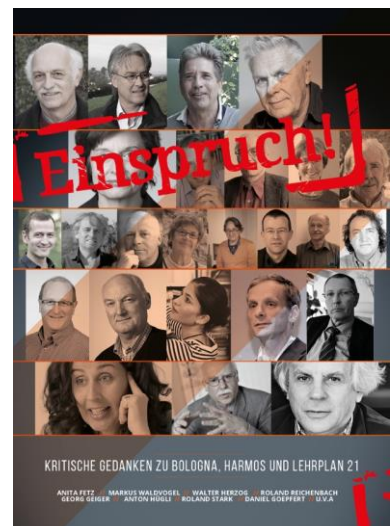
<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Sparhammer-an-Schweizer-Schulen/story/20212060>

Im Kanton Zürich etwa sind im Budgetentwurf für 2017 im Bereich Bildung Einsparungen von 50 Millionen geplant. 18 Millionen davon im Bereich Mittelschulen. Das entspricht einer Reduktion um 900 Gymnasias-tInnen. Oder einem Verzicht auf ein ganzes Gymnasium. Oder von etwa 6% des Budgets jedes Gymnasiums. Und also einer Verdreifachung der bereits äusserst harten Sparvorgaben der letzten Jahre. Begreiflich, dass sich nun in Zürich eine schulstufenübergreifende Protestbewegung formiert. Schliessen Sie sich an!

- Lesen und unterschreiben Sie unter <http://www.tagderbildung.ch/cms/> das ‚Zürcher Manifest für die Bildung‘!
- Beteiligen Sie sich mit einer Spende am Aufbau der Protestaktionen!
- Beteiligen Sie sich am 13. Januar 2016, am ‚Tag der Bildung‘, an der Manifestation auf dem Zürcher Sechseläutenplatz!
- Informieren Sie uns über analoge Aktivitäten in Ihrem Kanton – gerne fungieren wir als Megaphon!

### 3. Ein Vorschlag: sparen durch Sistierung von Standardisierungs- und Testprojekten!

In 13 Kantonen laufen Initiativen gegen den Lehrplan 21 (in Zürich soeben eingereicht mit 12'000 statt der erforderlichen 6'000 Unterschriften). Und angeregt durch Alain Pichard und Beat Kissling ist die Broschüre ‚Einspruch‘ entstanden, in der bedeutende BildungstheoretikerInnen und -politikerInnen wie Anita Fetz, Remo Largo, Ernst Bieri, Konrad Paul Liessmann, Roland Reichenbach, Jochen Krautz, Walter Herzog, Anton Hügli, Markus Waldvogel, Georg Geiger, Regula Stämpfli, Beat Kappeler u.a. sich kritisch äussern zu Bologna, Harnos und Lehrplan 21. Diese Broschüre (Titelblatt vgl. Anhang; link zur Besprechung in der Sonntagszeitung: <http://soz.li/VtGd>) erscheint Ende dieser Woche und kann für Fr. 5.- bestellt werden unter [ar-kadi@bluemail.ch](mailto:ar-kadi@bluemail.ch). Eine Schrift für Ihre Weihnachtsferien?



Nachdem die USA aus der UNESCO ausgetreten sind, weil einige Drittweltstaaten ihre ökonomistischen Ansichten nicht teilten, betreiben sie nun internationale Bildungspolitik (beispielsweise die PISA-Testerei) im Rahmen der OECD, also unter dem Dach der Wirtschaft. (Aus dem ‚E‘ für ‚education‘ wird so in eleganter Weise das ‚E‘ für ‚economics‘.)

Mit der neusten Reorganisation der Bundesverwaltung wechselte die Bildung zusammen mit der Forschung ins Wirtschaftsdepartement: das WBF von Schneider Ammann. Die Verkuppelung ist also im vollen Gange. Aber Bildung und Ökonomie verheiratet zu wollen, heisst (gelingend gesagt) konfliktreiche Ehen in Kauf zu nehmen.

Mit herzlichem Gruss

Ralph Fehlmann

Dr. Ralph Fehlmann  
 Koordinator  
 Forum Allgemeinbildung Schweiz  
[www.forum-allgemeinbildung.ch](http://www.forum-allgemeinbildung.ch)  
[ralph.fehlmann@swissonline.ch](mailto:ralph.fehlmann@swissonline.ch)

### **Für den weihnächtlichen Gabentisch empfehlen wir das jüngste Buch der amerikanischen Bildungsexpertin Diane Ravitch:**

Reign of Error. The Hoax of the Privatization Movement and the Danger to America's Public Schools, Vintage Books, New York 2013.

Frau Ravitch demontiert in diesem Buch die PR-Lügen der Privatisierer, welche sich die Filetstücke des Bildungswesens unter den Nagel reissen und die staatlichen Schulen an die Wand drücken. Das Ganze wird durch die (mit jährlichen Milliardenbeträgen vom Steuerzahler finanzierte) amerikanische Testmaschinerie systematisch unterstützt.

Für private Investoren, die ihr Geld mangels Alternativen im Schulwesen vermehren wollen (unter Abschöpfung nota bene der Beiträge pro Schüler, welche, aus der Hand des Steuerzahlers kommend, ihren privaten oder halbprivaten Schulen zufließen statt den staatlichen), gibt es nichts Besseres als eine Elternschaft, welche in regelmässigen Abständen durch miese Testergebnisse ihrer Kinder und / oder deren öffentlicher Schule hysterisiert wird und ihre Kinder dann zu den Privaten schickt, die um keinen Deut besser sind - und z.T. in pädagogischer und didaktischer Hinsicht höchst problematische Methoden anwenden -, die sich aber ihre Schüler aussuchen und unerwünschte Subjekte gar nicht erst aufnehmen bzw. gezielt vergraulen können. Was namentlich dazu führt, dass Kinder aus den Armutsghettos um ihr Recht auf Bildung geprellt werden; Schwarze und Hispanos sind von dieser Diskriminierung besonders stark betroffen. In den Südstaaten missbraucht man die Privatisierung sogar dazu, die Rassentrennung im Bildungswesen wieder einzuführen: gute und teure Schulen für die Weissen, die anderen Schulen für die Schwarzen. Und der Staat schaut weg.

Was aber für uns besonders interessant ist: Diane Ravitch versucht in einem zweiten Teil ihres Buches Auswege aus der amerikanischen Bildungsmisere aufzuzeigen. Sie empfiehlt eine Abkehr vom Irrglauben, soziales Elend lasse sich allein mit Bildung kompensieren - stattdessen habe der Staat sich durch eine dezidierte Sozialpolitik um die Unterstützung und Förderung sozial schwacher Familien zu kümmern und zugleich dafür zu sorgen, dass die Schulen auf soziale, medizinische und schulische Angebote für besonders bedürftige Kinder zählen können. Diane Ravitch fordert ein reichhaltiges, nicht nur auf die getesteten Fächer eingeschränktes Bildungsangebot mit einer ausgewogenen Mischung von sprachlich-literarischer, mathematisch-naturwissenschaftlicher, musischer und sportlicher Förderung.

Sie empfiehlt, kleinere Klassen zu bilden. Sie empfiehlt die Abkehr von standardisierten Tests zugunsten von fairen und angemessenen Beurteilungsformen.

Sie empfiehlt, die Rolle der Lehrkräfte in der Ausbildung und im Berufsleben aufzuwerten und zu stärken. Sie rät dringend, die Aufsicht über die Schulen wieder konsequent in die Hand demokratisch gewählter Behörden zu geben.

Ihre Rezepte für die Genesung des amerikanischen Schulwesens klingen geradezu unglaublich nach dem, was wir im Schweizer Bildungswesen - noch - als status quo kennen und Tag für Tag praktizieren. Wie sagte doch Roland Reichenbach (aus dem Gedächtnis zitiert)? "Manchmal ist es progressiv, konservativ zu sein".

Roger Hiltbrunner